

## Hohe Spitalauslastung bremst Skifahrer

Bis zum 7. Januar wird im Kanton Luzern nicht Ski gefahren – und die Chancen auf eine Öffnung tags darauf sind eher klein.

**Lukas Nussbaumer**

Heute dürfen die Skigebiete in Uri, Ob-, Nidwalden, Zug und Glarus öffnen. Anders im Kanton Luzern: Die Pisten bleiben bis mindestens am 7. Januar gesperrt. Dies hat das Luzerner Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) gestern mitgeteilt. Am 6. Januar wird GSD-Vorsteher Guido Graf entscheiden, ob die Bahnen und Skilifte zwei Tage später Sportler transportieren dürfen. Wie gut die Chancen darauf sind, lässt Graf offen: «Das kann ich im Moment nicht sagen. Wir analysieren die epidemiologische Lage jeden Tag.» Derzeit liegen sieben Gesuche von Skigebieten auf Graf's Pult.

Die Zahlen sehen im Moment nicht rosig aus. Laut Graf befinden sich mit 122 Personen noch nie so viele Coronapatienten in Luzerner Spitälern wie derzeit. Auch die Intensivpflegestationen seien voll ausgelastet. Täglich würden sich noch immer 150 bis 250 Personen mit dem Coronavirus anstecken. Die Spitäler hätten trotz der Verteilung von Intensivpflege-Patienten auf andere Kliniken inner- und ausserhalb der Zentralschweiz «kaum noch Kapazitäten, und dieser Zustand belastet das Gesundheitswesen seit Monaten.»

Sorgen bereiten Graf aber auch die Spitalangestellten. «Unsere Leute sind am Anschlag. Viele fallen wegen Übermüdung oder Krankheit aus.» Man habe sehr wohl diskutiert, die Skigebiete ab heute zu öffnen. Aufgrund der aktuellen Situation wäre das aber «nicht zu verantworten gewesen», so Graf. Zum Zentralschweizer Flickenteppich sagt

Graf, die verantwortlichen Regierungsräte hätten sich über ein koordiniertes Vorgehen unterhalten. Er könne selbstverständlich akzeptieren, wenn andere Kantone ihre Skigebiete nun öffnen würden. Doch er sei für die Luzerner Bevölkerung und Spitalmitarbeitenden verantwortlich. Das bedeute: «Wenn wir keine Rücksicht nehmen auf die

Auslastung der Spitäler, können wir nicht mehr garantieren, dass alle verunfallten Skifahrer aufgenommen werden können.»

### Enttäuschung und Unverständnis in Sörenberg

In Sörenberg, dem grössten Luzerner Skigebiet, kommt der Entscheid des GSD nicht gut an. Bergbahn-Direktor René Koller

sagt: «Die Enttäuschung und das Unverständnis sind gross. Im Speziellen darüber, dass es keine Innerschweizer Lösung gibt.» Die Luzerner würden nun halt in die Gebiete von Nid-, Obwalden und Uri fahren, wo es zu Engpässen kommen werde. Weil Luzern seine Entscheide stark von den Pandemiewerten abhängig mache, hat Koller die bis zum 7. Ja-

nuar verlängerte Schliessung erwartet. Dies, obwohl die Differenz zu den übrigen Innerschweizer Kantonen gering sei. In Obwalden liege der Reproduktionswert mit 1,0 gar über dem Wert von Luzern. Zudem gebe es im Spital Sarnen keine Intensivstation, diese Patienten müssten nach Luzern oder Stans verlegt werden. Der finanzielle Schaden für die Bergbahnen Sörenberg ist laut Koller gross. Im Dezember würden etwa 1,4 Millionen Franken Umsatz fehlen, im Januar komme wohl nochmals zirka 1 Million dazu. Sörenberg erziele in den dreieinhalb Wintermonaten jeweils rund 80 Prozent des Jahresumsatzes.

Von einem «unverständlichen, isoliert auf den Kanton Luzern getroffenen Entscheid und einem harten Schlag» für den mit im Winter etwa 200 Beschäftigten grössten Arbeitgeber im Entlebuch spricht auch Theo Schnider, Verwaltungsratspräsident der Bergbahnen: «Der Entscheid macht schon wütend. Wir leiden.» Schliesslich habe man im Dezember an zwei Wochenenden bewiesen, dass die Schutzmassnahmen greifen würden. Man werde die Situation nun unaufgeregt analysieren und Ruhe bewahren, so schwer das auch falle.

## Luzerner Bevölkerung braucht Geduld

**Impfen** So angespannt die Situation in den Spitälern ist – einen Lichtstreifen am Horizont macht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf aus: Luzern befinde sich mit seiner Impfkampagne auf Kurs. Bis gestern Abend seien rund 1200 Bewohner und Mitarbeiter von Alters- und Pflegeheimen mit der ersten Impfdosis versorgt worden. Bis Ende Februar sollen all diese Personen, die sich impfen lassen wollen, die notwendigen zwei Impfdosen erhalten haben.

Optimistisch stimmen Graf auch neue Nachrichten aus Bern. Zu den bis am 24. Januar zugesicherten rund 15 000

Impfdosen von Pfizer/Biontech könnten bis Ende Januar weitere 45 000 von Moderna kommen. Ob der Startschuss für Impfungen der breiten Bevölkerung im Zentrum in der Messe Luzern tatsächlich schon Ende Januar fällt, könne er aber nicht mit Sicherheit sagen. «Das Tempo wird von der Zahl der tatsächlich erhaltenen Impfdosen und dem Zeitpunkt der Zulassung des Impfstoffs vorgegeben.»

Für viele Luzernerinnen und Luzerner dauert es bis zum Start der Massenimpfung jedoch sehr lange, wie Mails und Telefonanrufe an unsere Redaktion zeigen. Graf habe mit der medien-

«Das Tempo wird von der Zahl der erhaltenen Impfdosen vorgegeben.»



**Guido Graf**  
Luzerner Gesundheitsdirektor

wirksam inszenierten landesweit ersten Impfung einer Altersheimbewohnerin am 23. Dezember zu hohe Erwartungen geweckt, lautet der Vorwurf. Graf widerspricht vehement und sagt, Luzern habe damit zeigen wollen und auch überprüfen können, wie gut sich die Behörden auf die Impfungen vorbereitet hätten. Er verstehe, wenn Impfwillige nun wie auf Nadeln sitzen würden. «Doch ich versichere, dass im Kanton Luzern keine Zeit verloren geht vom Eintreffen der Dosen bis zum Impfstart.» Sein Departement werde die Bevölkerung laufend informieren. (mus)

## Viele Restaurants fallen durch die Maschen des Rettungsnetzes

40 Prozent Umsatzeinbusse: Das ist die wichtigste Bedingung, um Härtefallgelder zu erhalten. Manche Wirte verzweifeln an dieser Hürde.

Die Stühle stehen auf den Tischen, der Herd ist kalt: Seit dem 22. Dezember und bis mindestens am 22. Januar sind alle Restaurants in der Schweiz geschlossen. «Da denken nun viele, denen wird finanziell schon geholfen», sagt Patrick Grinschgl, Präsident des Branchenverbands Gastro Region Luzern. Doch dem sei nicht so. So greife etwa die aktuellste Massnahme, die Härtefallregelung, bei vielen Betrieben gar nicht.

Grund ist das mitunter wichtigste Kriterium: Von Härtefallgeldern dürfen Unternehmen grundsätzlich nur profitieren, wenn der Jahresumsatz im Vergleich zum mehrjährigen Durchschnitt um über 40 Prozent eingebrochen ist. Das trifft laut Grinschgl auf viele Hotels zu. Bei den Gastronomiebetrieben sei die Lage aber anders. «Viele Bars und Restaurants haben den Sommer genutzt, um die Umsatzeinbrüche teilweise wieder aufzuholen. Man hat dafür auf Ferien und freie Tage verzichtet.» Das sei nicht nur im Interesse der Gastronomen gewesen, sondern auch im Sinn der Behörden. Schliesslich hätten Gemeinden wie die Stadt Luzern extra die Boulevardflächen erweitert.

Nun erhält Gastro Region Luzern laufend Rückmeldungen von Mitgliedern, dass sie die Bedingungen für die Härtefallregelung nicht erfüllen. «Bei vielen bewegt sich der Umsatzeinbruch zwischen 34 und 36 Prozent. Das ist fatal, denn so erhalten diese



Zwangsgeschlossen – doch die Fixkosten der Restaurants laufen weiter.

Bild: Patrick Hürlimann (Luzern, 29. Dezember 2020)

Betriebe nichts. Sie werden quasi bestraft dafür, dass sie versucht haben, Umsatz zu generieren.» Trotzdem seien sie auf die Hilfe angewiesen. Denn die Margen seien in der Gastronomie klein, die Fixkosten hoch: Personal, Lohnnebenkosten und Miete müssten auch bezahlt werden, wenn die Betriebe zwangsgeschlossen sind wie jetzt.

Gastro Region Luzern schwebt eine Lösung vor, die sich an jene des Kantons Aargau anlehnt. Dort muss der Umsatzrückgang im Jahr 2020 gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2018 und 2019 nur noch mindestens 25 Prozent betragen statt 40. Die Differenz zur Bundeslösung bezahlt der Kanton. Weiter will er prüfen, ob es Unterstützungs-

massnahmen braucht, um die Liquidität der Gastrobetriebe trotz Zwangsschliessung sicherzustellen. Ergänzt werden diese Pläne mit Vereinfachungen beim Gesuchsprozess für Klein- und Kleinstbetriebe.

Gastro Region Luzern macht nicht zum ersten Mal auf Lücken bei den Hilfsmassnahmen aufmerksam. Vor rund einer Woche

demonstrierten knapp 500 Gastronomen in der Stadt Luzern für bessere staatliche Unterstützung. Die Aargauer Regelung soll den Forderungen Auftrieb verleihen. Die Schwelle des Umsatzrückgangs müsse anders als im Aargau nicht auf 25 Prozent gesenkt werden, laut Grinschgl reichen auch 34 Prozent. Wichtig sei dafür, den Anteil an

A-fonds-perdu-Beiträgen zu erhöhen. Die Luzerner Regierung hat 3 der 25 Millionen Franken für solche nicht rückzahlbare Beiträge reserviert. Das ist laut Grinschgl zu wenig, weil vor allem die Liquidität sichergestellt werden müsse. Zudem soll der Umsatzeinbruch pro Quartal abgerechnet werden. Denn: «Gerade Monate wie jetzt der Dezember sind für unsere Branche fatal.» Weiter müssten die Behörden bei Mieten und Pachten aktiv werden. So sollen die Kosten wie in anderen Kantonen zu je einem Drittel von Mieter, Vermieter und öffentlicher Hand getragen werden.

Der Kanton Luzern halte sich an die Vorgaben des Bundes, wie das Finanzdepartement mitteilt. Der Bund habe vor kurzem weitere Abklärungen zur Unterstützung einzelner Branchen in Auftrag gegeben. Ob es Korrekturen bei der kantonalen Härtefallregelung brauche, sei noch nicht abzuschätzen – Mitte Januar werde aber eine erste Zwischenbilanz gezogen. Klar sei auch, dass sich die finanziellen Möglichkeiten von Kanton zu Kanton unterscheiden. Während sich Luzern vorerst an die einmalige Ausgabengrenze von 25 Millionen Franken halten müsse, hätten andere Kantone per Verfassung mehr Spielraum. Tatsächlich stehen allein den Aargauer Unternehmen 100 Millionen Franken mehr zur Verfügung.

**Alexander von Däniken**